

Niederschrift

zur 46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 06.03.2014	18:00- 20:45 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Fred-Hagen Grünewald , Helga Juraschek , Maria Meinl, Käthe Radom , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Lothar Nachtigall ,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch ab 18.10 Uhr,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Ines Jeske , Klaus Runge , Roland Schulze , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Andrea Arnold , Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf, Andreas Politz , Jürgen Roch ,
Anne-Gret Trilling Christfried Tschepe ,

Gäste

24 Bürgerinnen und Bürger

Herr Stemmler, MOZ

Frau Kerle, Integrationsbeirat

Frau Kollin, Ortsbeirat Trebus

Frau Wiedmaier, Hort Wirbelwind

Herr Knuth, Wowi

Herr Hellmann, Schwapp

Abwesend

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati entschuldigt,

SPD-Fraktion

Elisabeth Alter entschuldigt, Jürgen Luban entschuldigt,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink entschuldigt,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 46. Sitzung der STVV.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind zunächst 26 Stadtverordnete (Abg. Koch ab 18.10 Uhr) und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einschließlich der Ergänzung um TOP 8.2. DS-Nr. 5/679 – Hortneubau fest- gestellt.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 45. Sitzung vom 23.01.2014

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass der ursprünglich für den 12.06.2014 vorgesehene Termin für die konstituierende Sitzung der STVV aufgrund von Fristen, die nach der Kommunalwahl einzuhalten sind, nicht zu halten ist. Deshalb wird nach Abstimmung mit dem Landkreis (konstituierende Sit- zung des Kreistages am 24.06.2014) für Montag, den 23.06.2014 zur Konstituierung eingeladen.

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet über folgende Veranstaltungen und Termine:

- 23.-26.01. Gäste aus der Partnerstadt Reinheim zu Gast in Fürstenwalde, um u.a. im Rahmen der Grünen Woche eine Ehrung entgegen zu nehmen und Fürstenwalde kennen zu lernen
- 29.01. Durchführung der 7. Ausbildungsbörse mit einem neuen Besucherrekord (1.600 Besucherinnen und Besucher)
- 22.02. Sportlerball im Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ mit Ehrungen und neuem Pokal
- 22.02. 7. Drachenboot-Indoorcup im SCHWAPP mit großer Beteiligung und Superstimmung
- 24.02. Beginn der Sanierungsarbeiten am Speichergebäude am Jagdschloss
- 02.03. 5. Tierparkfest im Heimattiergarten – Dank an alle Organisatoren und Mitwirkende

- zur Zeit Durchführung der 24. Brandenburgischen Frauenwoche mit 23 Veranstaltungen
- Bürgerbeteiligung und Diskussion mit Hortnerinnen zum Hortneubau
- Bürgerbeteiligung mit Anwohnern der Roteichenstraße über den Ausbau ihrer Straße
- Schreiben des Landesbetriebes für Straßenwesen, dass die Mittel für den Ausbau der August-Bebel-Straße zur Verfügung stehen und die Ausschreibung Anfang April beginnen soll
- 16.03. 60 Jahre Krankenhausstandort Bad Saarow
- 21.03. Arbeitsgespräch in der polnischen Partnerstadt Sulechów
- 23.03. NCC-Lauf
- 27.03. Zukunftstag für Mädchen und Jungen, Schülerinnen und Schüler – sie haben Gelegenheit, Unternehmen ihrer Wahl kennen zu lernen – Dank an den Verein Kita – Schule – Wirtschaft für dieses Angebot
- 29.03. 5. Fürstenwalder Shoppingnacht
- 04./05.04. 35 Jahre Tanzkreis Fürstenwalde
- 12.04. Benefizkonzert mit der Kunst- und Musikschule und der Sängerin Friedericke Meinel

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Der Vorschlag von Herrn Dippe bezieht sich auf den Bürgerhaushalt. Er schlägt vor, der Bürgerschaft ein festes Budget zur Verfügung zu stellen.

Der Abg. Schulze erinnert, dass die praktizierte Verfahrensweise eine mehrheitliche Entscheidung war und die abschließende Entscheidung über den Haushalt gemäß der Kommunalverfassung den Stadtverordneten obliegt. Es wurde ein Weg gewählt, der unabhängig von der finanziellen Höhe zunächst alle Ideen zulassen und sammeln sollte. Der Abg. Sachse ergänzt, dass im Hauptausschuss auch über sog. Kiezfonds diskutiert wurde. Diese könnten für Projekte oder Maßnahmen einzelner Stadtteile (Wohngebietsfeste, Verschönerungsmaßnahmen etc.) im Rahmen der Kulturförderrichtlinie beantragt und eingesetzt werden. Hierüber muss jedoch noch ausführlich diskutiert und beschlossen werden.

Die Anfrage von Herrn Henschel bezieht sich auf die Verkehrszählung. Er möchte wissen, ob der FGL bzw. den Anwohnern konkrete Termine für die Verkehrszählung mitgeteilt werden. Des Weiteren erinnert er daran, dass in der Lindenstraße zwischen Turm- und Geschwister-Scholl-Straße kein sicherer Radweg vorhanden ist.

Und er fragt, warum der informative Stadtaufsteller in der Lindenstraße entfernt wurde.

Die Anfragen beantwortet Herr Tschepe. Er berichtet, dass der Landkreis im Auftrag der Stadt insgesamt drei Verkehrszählungen unter Beachtung der Ferienzeit durchführt und die konkreten Termine vorher nicht mitteilt. Zum Radweg in der Lindenstraße führt er aus, dass Handlungsbedarf vorhanden ist, dass ein Radweg aber nicht per-se mehr Sicherheit garantiert. In der Lindenstraße liegt das Verkehrsaufkommen unter 10.000 Kfz/Tag gerechnet und da stellt statistisch ein Radfahren auf der Fahrbahn noch kein Sicherheitsrisiko dar.

Herr Umstädter möchte die Anwesenden für das Thema des geplanten Ausbaus des Ketschendorfer Angers sensibilisieren und eine frühzeitige Einbeziehung der Anwohner anmahnen. Er kündigt Ablehnung und Widerstand der dortigen Anwohner gegen das Vorhaben an und begründet, warum nach seiner Auffassung ein Pendlerparkplatz an dieser Stelle keinen Sinn macht.

Herr Tschepe berichtet über das Angebot und die Planung der Stadt, dort einen geordneten Parkplatz auf einer neu gestalteten Fläche mit entsprechender Entwässerung zu schaffen. Über das Vorhaben wurde im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der August-Bebel-Straße im Stadtentwicklungsausschuss schon berichtet, nachdem sicher war, dass für die Maßnahme Fördermittel des Bundes eingeworben werden konnten.

Er kündigt an, dass in Kürze eine Anwohnerversammlung stattfinden und die Planung im Detail vorgestellt wird.

Frau Miethe bezieht sich auf die zwischen 7.4. und 21.4.14 anstehenden Lärmpegelmessungen und meint, diese sollten um optimalere Ergebnisse zu erzielen, nicht an einem Montag, Freitag, Wochenende oder in der Ferienzeit durchgeführt werden. Ab dem 16.4.14 beginnen jedoch bereits die Osterferien. Sie fragt, warum sich die Stadt für diese Zeit entschieden hat und ob sie in Abstimmung mit dem Landkreis noch einmal verschoben werden kann.

Herr Tschepe meint, dass natürlich noch einmal Gespräche mit dem Landkreis möglich seien. Er wird darum bitten, die Messung in der Lindenstraße nicht eben zu diesen Zeiten durchzuführen, denn hier soll sich zeigen, wie hoch das derzeitige Verkehrsaufkommen tatsächlich ist.

Die zwei anderen Zählstellen befinden sich in Fürstenwalde Süd. Hier geht es speziell um den Zubringerverkehr über die Alte Langewahler Chaussee und die Roteichenstraße zu den Einkaufszentren. Dort wird eher erwartet, dass der Verkehr vor den Feiertagen noch zunimmt.

Die Anfragen von Herr Fischer richten sich an den Bürgermeister und betreffen die finanzielle Situation der Stadt. Er zitiert vom Neujahrsempfang 2013: „Schulden seien grundsätzlich nicht schlecht und wir stehen nach wie vor auf festem Boden“ und bringt einige Beispiele (fehlende Mittel für Straßenausbau, Schulsanierung, Lärmaktionsplan oder Projekte, die ohne Fördermittel gar nicht verfolgt werden) und fragt, wo die Stadt da auf festem Boden steht.

Der Bürgermeister antwortet, dass dieses Zitat auch im Vergleich zu anderen brandenburgischen Kommunen zu verstehen war und Fürstenwalde bei allen Problemen immer noch recht gut dasteht. Mit den Schulden wurde auch investives Vermögen geschaffen. Die Stadt gibt im investiven Bereich jährlich 4 bis 5 Mio€ aus. Dabei wurde ein Schwerpunkt immer auch auf Fördermittel gesetzt, denn so könne mit nur einem Euro drei- bis viermal so viel investiert werden. Er erläutert, dass für viele Projekte Fördermittel ausgereicht werden, nur für Schul- und Kitabauten leider nicht.

Abschließend bietet der Bürgermeister Herrn Fischer ein persönliches Gespräch an, um die finanziellen Handlungsspielräume der Stadt ausführlich zu erläutern.

Herr Krüger hat eine Anfrage zur geplanten „Straße An der Bäderbahn“. Im letzten Stadtentwicklungsausschuss kam zum Ausdruck, dass sich die Stadt diese Straße nicht leisten kann. Nunmehr erzielte aber die GIP GmbH durch den Verkauf der Odersun-Hallen eine ungeplante Mehreinnahme. Er fragt, ob diese Mittel nicht ausreichen, diese Straße zu finanzieren.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Mittel ausreichen würden, könnte die GIP GmbH sie der Stadt zur Verfügung stellen. Würde sie dies tun, müsste ein Großteil der Einnahme versteuert werden und man würde die Entwicklung der GIP-GmbH massiv beeinflussen. Besser ist es doch, so der Bürgermeister weiter, diese und die Gesellschaften oder auch den Stadtforst zu erhalten, um aus diesen Werten kontinuierliche Erträge zu erwirtschaften.

Die GIP GmbH hat städtische Aufgaben wahrzunehmen, sie entwickelt Gewerbegebiete und holt neue Gewerbebetriebe nach Fürstenwalde, die letztendlich Arbeitsplätze schaffen.

Herr Rudolph bezieht sich auf den Hortstandort Heuweg und zitiert Protokollauszüge aus dem Stadtentwicklungsausschuss (5.11.13) und der STVV (07.11.13). Er fragt, welche zusätzlichen Informationen den Stadtverordneten zur Verfügung standen, um in der STVV eine so weitreichende Entscheidung treffen zu können, zu der sie sich zwei Tage vorher im Stadtentwicklungsausschuss noch nicht in der Lage sahen.

Der Abg. Wende antwortet, dass über das Thema sehr ausführlich und über mehrere Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses diskutiert worden ist. Im Stadtentwicklungsausschuss fehlten, und das wurde kritisiert, die Vertreter des FB Bürgerdienste. Die Fragen inhaltlicher Natur konnten so nicht beantwortet werden. In der Stadtverordnetenversammlung wurden die Fragen des Stadtentwicklungsausschusses zumindest dahingehend beantwortet, dass eine Mehrheit der STVV eine Entscheidung fällen konnte, auch wenn es für den Stadtteil Fürstenwalde-Süd ein Gesamtkonzept geben muss, wie die Fraktion DIE LINKE und die CDU forderten.

Der Abg. Hilke betont, dass um dieses Thema engagiert gestritten wurde. Für die CDU-Fraktion war der Standort an der Gerhard-Goßmann-Grundschule auch damals der richtige. Es wurde ein Änderungsantrag in der STVV formuliert, der mehrheitlich abgelehnt wurde. Als es um den Beschluss zum Hortstandort Heuweg ging, hat die CDU dann dagegen gestimmt.

Herr Tschepe erinnert, wie ausführlich die Sachlage in der STVV mit allen Unzulänglichkeiten dargelegt wurde. Da für die Nutzung des Hortes keine Pflicht der Eltern besteht, bleibt ein Restrisiko, welches nur mit Annahmen und nicht mit konkreten Zahlen wie bei den Schülerzahlen untermauert werden kann. Was die Stadt außerdem beurteilt hat, ist neben der absoluten Zahl der zu betreuenden Kinder die Standortfrage und da wurde aufgrund städtebaulicher Untersuchungen dargelegt, dass es von der Verfügbarkeit der Flächen her am Standort Heuweg einige Vorteile gibt, dass es möglich ist, dort durch Ergänzung der vorhandenen Einrichtung auch alles organisatorisch und logistisch besser zu gestalten ist, während ein Neubau an der Gerhard-Goßmann-Grundschule noch einmal zusätzliche Kosten verursacht hätte und man dort auch Platzprobleme bekommen hätte. Des Weiteren, so Herr Tschepe, gibt es durchaus die Auffassung, dass es von Vorteil ist, wenn die Kinder den Hortstandort nicht direkt an der Schule vorfinden, sondern in räumlicher Entfernung und in anderer Umgebung sind. Außerdem gibt es bereits heute schon zwischen dem Hort Heuweg und dem Jugendclub Süd Synergieeffekte, auf die aufgebaut werden kann. Diese Argumente kombiniert mit Kosten- und Grundstücksverfügbarkeit haben zu der Entscheidung am 07.11.2013 für den Standort Heuweg geführt.

Der Hinweis einer weiteren Bürgerin betrifft den Grundstücksverkauf eines Grundstücks an der Autobahnauffahrt Frankfurt (Oder). Sie bittet zu prüfen, ob dieses Grundstück für den Pendlerparkplatz gekauft werden könnte.

Herr Tschepe sagt eine Prüfung der Gegebenheiten zu und wird im nächsten Stadtentwicklungsausschuss dazu eine Antwort geben.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Antrag der Fraktion die LINKE. hier "Ideenwettbewerb Pintsch-Industriegelände starten"

Der Fraktionsvorsitzende, Abg. Wende, erläutert den vorliegenden Antrag noch einmal ausführlich und bittet, jetzt über Perspektiven, Entwicklungs- und Nutzungsmöglichkeiten nachzudenken, auch wenn sich ein Großteil der Flächen nicht in städtischem Eigentum befindet. Er bezieht sich auf das Angebot des Landkreises, das Areal für einen symbolischen Preis an die Stadt zu verkaufen und meint, darüber solle man sich eine Meinung bilden. Die Fraktion DIE LINKE. vertritt die Auffassung, dass man das Angebot dann annehmen sollte, wenn realisierbare Ideen oder ein Gesamtkonzept vorliegen. Die Fraktion wirbt für einen offenen, für die Stadt kostenneutralen Ideenwettbewerb und das Hinzuziehen der dort tätigen Unternehmen und des Kulturvereins sowie Studenten, Regionalplanern etc. zu beteiligen.

Abg. Hilke merkt an, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag nur dann zustimmt, wenn er für die Stadt kostenneutral durchgeführt werden kann. Er fragt an, ob dies denkbar ist. Abschließend stellt er fest, dass das Gewerbegebiet Pintsch ein funktionierender und lebendiger Industriestandort ist. Dies soll auch so bleiben, er bringt Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in die Stadt.

Abg. Hoffrichter, Lothar stimmt der Auffassung der CDU-Fraktion zu. Auch er spricht sich für einen kostenneutralen Ideenwettbewerb aus.

Herr Tschepe meint, es wäre das gleiche Verfahren wie für die Marktplatzumfrage denkbar, also ohne Beteiligung von Architektur- und Planungsbüros. Diese würden sich nur an einem Wettbewerb beteiligen, der bestimmten Grundsätzen entspricht, wo es Realisierungschancen gibt und die sich wirtschaftlich darstellen lassen.

Allerdings gibt er im Gegensatz zur Marktplatzumfrage zu bedenken, dass keine klare Aufgabenstellung möglich ist, wenn klar ist, dass keine Nutzungsänderung vorgesehen bzw. zu erwarten ist. Der Abg. Hemmerling macht deutlich, dass die Stadt auch davon lebt, dass Steuereinnahmen fließen. Damit kann sich die Stadt Dinge leisten, die in anderen Städten nicht mehr möglich sind, weil die Industrie dafür nicht mehr vorhanden ist. Insofern wird die SPD-Fraktion sich nicht über den Kopf der jetzigen Nutzer hinwegsetzen und einen Wettbewerb auf einem unter Schutz gestellten Areal initiieren, der letztlich doch Kosten verursachen wird. Die SPD-Fraktion spricht sich klar gegen den Antrag aus.

Abschließend wird der Antrag zur Abstimmung gebracht. Er lautet:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen offenen Ideenwettbewerb zur Nutzung und Gestaltung des Pintsch-Industriegeländes durchzuführen.

Zustimmung: 21 Ja 5 Nein 2 Enthaltungen

**TOP 8.2 Hortneubau Heuweg: Hier Entscheidung über die Ausführungsvariante, 5/679
Bauweise und Vergabeart**

Der Abg. Hoffrichter, Jens merkt zum Verfahren an, dass ein Ingenieurbüro offen alle Varianten vorstellen sollte. Er hat sich aber in eine Richtung gedrängt gefühlt. Was ihm gefehlt hat, waren Ausführungen zu Baumaterialien, nachwachsenden Rohstoffen, Bauweisen, Kostenvergleiche, Einsparungspotentiale etc.

Herr Tschepe erklärt, dass das Ingenieurbüro einen eingeschränkten Auftrag (Leistungsphase 1 und 2) hatte und innerhalb dieses Auftrages und der Zeitschiene nicht alle Probleme geklärt werden konnten. Im weiteren Verlauf sollen in enger Abstimmung mit den Stadtverordneten die offenen Fragen geklärt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung,

1. die weiteren Planungsleistungen der Leistungsphasen 3 bis 8 nach HOAI zu beauftragen,
2. den Hortneubau auf der Grundlage der Grundrissvariante 2 und
3. in Massivbauweise zu errichten,
4. die Bauleistungen einzeln auszuschreiben und zu vergeben.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 Jahresabschluss 2010 - hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 5/667

Der Abg. Hilke fragt nach Rückstellungen, die für einen Rechtsstreit gebildet worden waren. Diese Rückstellungen wurden wohl aufgelöst, bevor der Rechtsstreit entschieden war. Damit stehen sie letztlich nicht mehr zur Verfügung, um die im Vergleich durch die Stadt Fürstenwalde zu zahlenden Kosten aufzugleichen. Sie müssen nunmehr aus dem allgemeinen Etat genommen werden. Er fragt, ob das richtig ist, wann die Rückstellungen eingestellt und aufgelöst wurden und warum dazu die STVV nicht befragt wurde.

Der Bürgermeister antwortet, dass Rückstellungen nicht im Jahre 2010 sondern erst in den Jahren danach gebildet worden sind. Die Auflösung kann erst mit den Jahresabschlüssen 2011 und folgende erfolgen. Da diese noch nicht vorliegen, kann auch noch keine Rückstellung aufgelöst worden sein.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2010 fest.

Zustimmung: Ja 28 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Bürgermeister für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung: Ja 28 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 629.805,97 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung: Ja 28 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen 0

TOP 8.4 Einbringung des Haushaltsplanes 2014 einschließlich Finanzplan für die Jahre 2014-2017 5/671

Das Wort hat der Erste Beigeordnete, Herr Dr. Fehse. Er geht in seinen Ausführungen auf die Erträge des Ergebnishaushaltsplanentwurfes, die investiven Schlüsselzuweisungen, die Einkommenssteuer und die Kreisumlage ein. Verglichen mit dem Vorjahr stehen der Stadt 3,7 Mio€ mehr zur Verfügung. Trotzdem reichte dieser Zuwachs nicht aus, um alle Wünsche der Fachgruppen zu erfüllen. Einige wichtige Reparatur-, Beschaffungs- und Unterhaltungsmaßnahmen mussten wiederum in die Folgejahre verschoben werden. Er geht auf einzelne Maßnahmen ein und zeigt auf, welche Budgets den Haushalt besonders belasten. Erstmals wurde für diesen Haushalt im letzten Jahr eine Bürgerbeteiligung zur Haushaltsaufstellung durchgeführt – der Bürgerhaushalt. Drei der auf einen Spitzenplatz gewählten Vorhaben können realisiert werden. Für den Spitzenreiter des Auswahlverfahrens, dem Wasserstützpunkt, sucht die Stadt in der neuen sechsjährigen Förderperiode, die 2015 beginnt, nach Finanzierungsquellen.

Des Weiteren stellt Herr Dr. Fehse die Investitionen im Jahre 2014 sowie die Verschuldung der Stadt dar.

Sh. Haushaltsrede als Anhang zur Niederschrift

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Haushaltssatzung 2014 zur Kenntnis und verweist sie zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Lärmaktionsplan Fürstenwalde/Spree (2. Stufe) 5/670

Der Abg. Wende erinnert an die ausführliche Diskussion und Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss und wirbt dafür, dies als Grundlage zu nehmen und über den Beschlussvorschlag in Gänze abzustimmen.

Der Abg. Hoffrichter, Lothar erklärt und begründet ausführlich, dass die FDP-Fraktion der Beratungsdrucksache nicht zustimmen wird. Sie unterstützt die Forderung, Lärm auf festgelegte Werte zu reduzieren und das Bewusstsein zu schärfen, vertritt aber die Auffassung, dass Tempo-30-Schilder diese Probleme nicht allein lösen (sinnvolle Schallschutzmaßnahmen, wie Straßenbelag, Schallschutzwände, Schallfenster u.ä.). Die Träger öffentlicher Belange wie Straßenverkehrsamt und Polizei sollten abgefragt werden, ob die verkehrsrechtlichen Belange berücksichtigt wurden. Außerdem sollten punktuelle Festlegungen wie in der Drucksache beschrieben, mit dem vor Jahren beschlossenen Generalverkehrsplan in Übereinstimmung gebracht werden. Die Fraktion fragt auch, welche Erkenntnisse aus dem Lärmaktionsplan 1 vorliegen, um Aktionsplan 2 fortzuschreiben bzw. anpassen zu können.

Auf die Anfrage von Abg. Nachtigall nach Tempo 40 antwortet Herr Tschepe, dass Tempo 30 eine verbreitete, europaweite Regelung zwischen Stadtgeschwindigkeit (Tempo 50) und verkehrsberuhigtem Bereich (Tempo 7) ist.

Der Abg. Hilke berichtet, dass sich auch die CDU-Fraktion entgegen der differenzierten Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss in Gänze gegen den Lärmaktionsplan ausspricht. Auch er begründet das u.a. damit, dass die Träger öffentlicher Belange (Polizei, Straßenverkehrsämter des Kreises und des Landes) zu den entsprechenden Maßnahmen bislang nicht gehört wurden. Des Weiteren hält die Fraktion Tempo 30 in der August-Bebel-Straße und in der Lindenstraße nicht für sinnvoll. Herr Tschepe stellt richtig, dass es sehr wohl eine Bürger- und Behördenbeteiligung zur Stufe 2 des Lärmaktionsplans gab und sich konkrete Hinweise in den Vorschlägen wiederfinden. Des Weiteren

ist die Lärmaktionsplanung eine Pflichtaufgabe der Kommune, die über das Land an die EU weitergemeldet wird.

Beschluss:

Den neu aufzunehmenden Maßnahmen (**Anlage 2**) wird im Folgenden (ggf. nicht) zugestimmt.

Die Maßnahme „Asphaltierung Trebuser Straße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 nachts in der Trebuser Straße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 in der Kirchhofstraße / Geschwister-Scholl-Straße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 für Lkw in der Lindenstraße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 in der Lindenstraße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 für Lkw in der Wassergasse / Schlossstraße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 für Lkw in der August-Bebel-Straße“ wird n i c h t in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Tempo 30 in der Reinheimer Straße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Längsparken in der Reinheimer Straße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Längsparken in der Eisenbahnstraße“ wird n i c h t _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Maßnahme „Wegweisung Schwerverkehr in der Lindenstraße“ wird _____ in den Lärmaktionsplan mit aufgenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Lärmaktionsplan Fürstenwalde/Spree – März 2013 – als Arbeitsgrundlage mit Selbstbindung. Die Maßnahmen der 2. Stufe, denen nicht zugestimmt wurde, werden gestrichen.

Zustimmung Ja 16 Nein 12 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.6 Bebauungsplan Nr. 89 "Kita-Standort Krausestraße" hier: Änderung des 5/673
Geltungsbereiches, Auslagebeschluss

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 89 „Kita-Standort Krausestraße“. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 123 teilweise, 124/3 teilweise und 381 teilweise der Flur 151, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 89 „Kita-Standort Krausestraße“ in der Fassung 02/2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB so-

wie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.7 Bebauungsplan Nr. 84 "Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße" hier: Auslagebeschluss 5/674

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 84 „Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße“ in der Fassung vom 20.02.2014 zur Kenntnis. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in der textlichen Festsetzung Nr. 16 den Schallpegelbereich IV durch den Schallpegelbereich V zu ersetzen. Die Begründung ist entsprechend anzupassen. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 61 "Verbrauchermarkt Trebuser Straße" hier: Einleitungsbeschluss, Auslagebeschluss 5/675

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 61 „Verbrauchermarkt Trebuser Straße“ die Einleitung der 1. Änderung.
2. Die 1. Änderung soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB erfolgen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 61 „Verbrauchermarkt Trebuser Straße“ in der Fassung vom 20.02.2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.9 Ausführungsbeschluss für das Bauvorhaben: Stadtpark - Hauptachse 5/676

Der Abg. Wende berichtet, dass der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt, der Verwaltung mit auf den Weg zu geben, dass die Ausführungszeit der Maßnahme nicht in 2 Bauabschnitten (2014 und 2015) realisiert werden soll, sondern in Gänze in diesem Jahr. Dies soll im Rahmen der Haushaltsdiskussion thematisiert werden.

Abg. Hilke erklärt und begründet, dass sich die CDU der Stimme enthalten wird. Sie ist mit der Förderpolitik von Bund und Land nicht einverstanden und meint, es gäbe dringlichere Vorhaben, als einen Stadtpark zu sanieren und großzügig zu fördern. Außerdem ist der Eigenanteil der Stadt von 100.000 € kaum aufzubringen.

Abg. Hoffrichter, Lothar meint, der Brunnen solle saniert werden. Gleichzeitig solle man sich mit den Gesamtausgaben noch einmal befassen und schauen, wo diese reduziert werden können (Wegebeziehung, Beleuchtung).

Abg. Hemmerling begrüßt die Splittung der Baumaßnahme insgesamt und die Sanierung des Brunnens insbesondere als eine Maßnahme, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt.

Abge. Wagner ist von den Statements der Fraktionen insofern überrascht, als dass die SPD-Fraktion bereits 2013 aufgrund anderer Probleme gegen dieses Großprojekt war. Inzwischen gab es jedoch Grundsatzentscheidungen und Planungen, die es heute kaum mehr möglich machen, auszusteigen. Aus finanziellen Gründen sollten die Maßnahmen in zwei Bauabschnitte aufgeteilt werden.

Dem schließt sich der Abg. Wende an und meint, ein breites Teilnahmeverfahren zur Entwicklung des Stadtparks wurde geführt und hat gezeigt, dass viele den Stadtpark als Oase und Freizeitplatz für Fürstenwalde mögen und schätzen. Gleichzeitig dürfen Investitionsmaßnahmen nicht immer wieder weiter verschoben werden, denn dann müssen sie bald allein und ohne Förderung gestemmt werden. Hier wird über finanzielle Mittel geredet, die der Stadt schon seit Jahren bewilligt worden sind und die ausgegeben werden müssen. Er mahnt an, den Bürgerwillen Ernst zu nehmen und die Maßnahme umzusetzen.

Herr Tschepe berichtet, dass der Brunnen selbst aus Haushaltsresten aus 2013 finanziert werden soll. Außerdem sind in die Vorplanungen bereits Zuschüsse geflossen, die zurückgezahlt werden müssten, sollte die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Abschließend erinnert er daran, dass der marode Brunnen auf jeden Fall gesichert werden muss, da er ansonsten nicht wieder in Betrieb genommen werden kann (hohe Reparatur- und Stromkosten, Wasserverlust).

Die Abg. Radom spricht sich für die Aufwertung des Stadtparks aus und meint, dass haben auch Jugendliche und Schüler im Rahmen der Initiative „Fit für Beteiligung“ angesprochen.

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens „Stadtpark – Hauptachse“ wird, entsprechend der vorliegenden Planung, beschlossen.

Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 8.10 "Aktive Stadtzentren" in Fürstenwalde/Spree, Programmaufnahme und Fördergebietskulisse 5/677

Der Abg. Hoffrichter, Jens regt an, auch für die anderen Stadtteile insbesondere Fürstenwalde Süd Ideen und Projekte zu entwickeln und den Fokus nicht nur auf die Innenstadt zu richten.

Herr Tschepe erinnert an die Investitionsplanung 2014 im Entwurf und meint, eine Reihe von Projekten (August-Bebel-Straße, Ausbau Rauener Kirchweg, Hortneubau, Roteichenstraße u.ä.) sind in Fürstenwalde Süd vorgesehen, so dass von einer Vernachlässigung bzw. Benachteiligung keine Rede sein kann.

Beschluss:

Die Stadt Fürstenwalde/Spree beantragt die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortszentren“. Die Fördergebietskulisse des Programms wird als Erweiterung des zentralen Versorgungsbereiches Innenstadt beschlossen. Sie erstreckt sich in der Süd-Nord-Ausdehnung von der Spreebrücke über die Mühlen- und Eisenbahnstraße bis hin zum Nahversorgungszentrum Fürstenwalde-Nord. In der Ost-West-Ausdehnung reicht sie von der Fontane-Grundschule bis zum Spreeuferpark. Die Anlage 1 mit der graphischen Darstellung der Kulisse ist Bestandteil des Beschlusses.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Erste Beigeordnete informiert, dass die Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes zur Verfügung steht und an die Fraktionen verteilt wurde.

Herr Tschepe berichtet, dass der BPlan 64 „Solarpark Flugplatz II“ nun doch ohne beschlossene FNP-Änderung in Kraft gesetzt wurde. Hintergrund ist, dass die Verwaltung ein Rechtsgutachten hat anfertigen lassen, worin bescheinigt wurde, dass dieser BPlan aus der Darstellung gewerbliche Baufläche im FNP entwickelbar ist und somit ohne Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde in Kraft gesetzt werden konnte. Das war ein Erkenntnisgewinn, der zum Zeitpunkt der Abstimmung am 26.01.2014 noch nicht vorlag. Nichtsdestotrotz wird das 23. Änderungsverfahren zum FNP noch ordentlich zu Ende geführt und der entsprechende Beschluss zum gegebenen Zeitpunkt vorgelegt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Abg. Sachse berichtet über die Anfrage seitens der Zuschauer, den WLAN-Key zu erhalten. Abg. Wende ergänzt, dass damit auch auf dem Marktplatz ein Hotspot für den kostenfreien Internetzugang zur Verfügung stünde.

Dr. Fehse antwortet, dass dies die Verwaltung prüfen wird.

Abg. Sachse erinnert an seine Anfrage, das Kurzzeitparken in der Alten Neuendorfer Straße zu erlauben.

Herr Tschepe antwortet, dass im Rahmen des Gesamtpaketes Stellplatzsituation/südliches Bahnhofsumfeld auch dieser Vorschlag geprüft wird. Dabei sollen insbesondere Stellplätze für Menschen mit Handicap berücksichtigt werden. Unmittelbar an der Post ist das Parken tagsüber aber schon heute auf 1 Stunde begrenzt. Eine Reduzierung auf 30 Minuten Parkdauer wird geprüft.

Abg. Sachse mahnt die Überarbeitung der Stadtordnung an und bittet die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge als Diskussionsgrundlage vorzulegen.

Der Bürgermeister erinnert an geführte Diskussionen, in diesem Zusammenhang z.B. alkoholfreie Zonen in der Innenstadt zu schaffen. Nunmehr liegt dafür auch eine gesicherte Rechtsprechung vor, so dass die Stadtordnung in einer der kommenden Fachausschüsse bzw. der STVV diskutiert werden kann.

Abg. Sachse berichtet, dass in Bln. Hellersdorf in Zusammenarbeit mit der Fa. Lichtblick auf den Dächern der Wohnungsbaugesellschaft ein Solarkraftwerk eröffnet wurde, das rd. 1.000 Haushalte versorgen kann. Weiterhin wird es möglich sein, dass die Bewohner dieser Häuser den Strom direkt vom Dach beziehen, was rd. 3 Cent günstiger sein wird. Er fragt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Wowi und als Geschäftsführer der KEG, ob künftig eine solche Variante – Strom, der vor Ort erzeugt wird zur Direktvermarktung anzubieten, auch in Fürstenwalde denkbar ist.

In Sulechow will die Stadt in zu entwickelnden Wohngebietsstraßen Straßenlaternen mit Solarantrieb installieren. Er möchte die Verwaltung sensibilisieren, auch in dieser Richtung nachzudenken. Herr Tschepe wird das Thema Straßenlaternen mit Solarenergie in den für einen der nächsten Stadtentwicklungsausschüsse geplanten Vortrag über die Fürstenwalder Straßenbeleuchtung aufnehmen. Der Bürgermeister schlägt vor, das Thema Solarstromgewinnung auf Wohnhausdächern in einer der nächsten Aufsichtsratssitzungen aufzugreifen.

Abg. Hoffrichter, Jens berichtet, dass die Fa. Reuther gegenwärtig keine Offshore-Windanlagen baut, da diese nicht abtransportiert (Straße, Schleuse) werden können. Er bringt den Pintschhafen ins Gespräch und fragt, ob dieser mit vertretbarem Aufwand wieder in Betrieb genommen werden könnte.

Der Bürgermeister antwortet, dass er darüber mit der Fa. Reuther bereits gesprochen hat und gegenwärtig kein Bedarf gesehen wird.

Des Weiteren bringt der Abg. Hoffrichter, Jens das Beispiel der Einweihung neuer Feuerwehrfahrzeuge an und meint, der Termin war den Abgeordneten nicht bekannt. Er bittet, künftig die Einladungen/Pressemitteilungen zu solchen Veranstaltungen an alle Abgeordneten zu senden.

Abg. Wende berichtet, dass der Landkreis finanzielle Mittel für die Renovierung und Sanierung des Hauses Hoffnung im Jahre 2014 in den Haushaltsplan einstellt und dass zumindest tageweise die Bereitschaft signalisiert wurde, Sprechzeiten für die Flüchtlinge in unserer Stadt zu realisieren. Weiterhin informiert er über die Anfrage des Landtagsabgeordneten Peer Jürgens an den Landrat, wo es u.a. darum geht, die allgemeine Betreuung und Unterbringung zu gestalten, wenn künftig rund 400 Flüchtlinge relativ eng in einem Stadtgebiet untergebracht werden. Er vertritt die Auffassung, dass sich die Stadt hier auch bei formaler Nichtzuständigkeit engagieren muss und fragt, was die Verwaltung vermittelnd unternehmen kann, um relativ schnell zu integrationsfördernden Maßnahmen zu kommen und wie der Integrationsbeirat unterstützt werden kann.

Der Bürgermeister berichtet über ein Gespräch mit dem Landrat, wo grundsätzliche Probleme angesprochen wurden (Kita, Schule, Hort, ärztliche Betreuung etc.). Darüber hinaus ist die Verwaltung mit dem Betreiber (Diakonie) im Gespräch und in engem Kontakt. Viele Fragen sind noch zu klären, aber alle Beteiligten haben ernsthafte Bereitschaft signalisiert, die Fragen und auftretenden Problemen gemeinsam zu lösen.

Der Abg. Hilke verweist auf die Rechtslage und meint, für rd. 90 % der Asylanten endet das Asylbewerberverfahren mit einer Abschiebung. Er vertritt die Auffassung, dass man sich deshalb in erster Linie für die Integration von Kontingentflüchtlings aus Syrien, anerkannte Asylanten, hier lebende Ausländerinnen und Ausländer engagieren sollte.

Abg. Fiedler widerspricht dem und meint, auch die Asylanten müssten in das Stadtleben integriert werden, denn viele befinden sich in einem Asylbewerberverfahren, das 10 Jahre und länger dauert.

Der Abg. Nachtigall unterstützt die Auffassung und meint, die Verantwortung dürfe nicht zwischen Land, Kreis und Stadt hin- und hergeschoben werden. Hier sind alle gefragt, sich zu engagieren.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin